



**Ansprache von Pfarrer Rolf Kruse  
im Rahmen der Kundgebung  
„Für Demokratie und Menschenrechte – Nie wieder ist Jetzt!“  
am 1. Februar 2025  
auf dem Rathaus- und Kirchplatz Bad Krozingen**

Hallo zusammen hier auf dem Platz vor Rathaus und St. Alban in der Mitte unserer Stadt – und vor allem anderen ein herzliches Dankeschön an Matthias Schmidt für die Anmeldung und Organisation dieser Kundgebung; und Danke auch für die Gelegenheit, hier sprechen zu dürfen ...

Es tut schon gut, sich ein weiteres Mal einreihen zu können in einen großen partei-, gruppen- und institutionenübergreifenden Kreis von Menschen wie jetzt hier, denen unsere Demokratie am Herzen liegt und mit ihr unser Grundgesetz.

Es tut gut, Menschen neben sich zu wissen, die bereit sind, öffentlich kundzutun:

„Zu unserer Demokratie und unserem Grundgesetz, zu den Menschenrechten und der unantastbaren Würde jedes und jeder Einzelnen gibt es keine Alternative! Und dazu stehen wir – ohne Wenn und Aber! Und wenn es nötig ist, all das zu verteidigen – wie ganz offensichtlich in diesen Zeiten – , dann überlassen wir das Feld ganz bestimmt nicht den Feinden der Demokratie. Dann stehen wir zusammen. Dann stehen wir auf. Dann tun wir, was wir können ...!“

Vielen Dank für diese so wichtige Botschaft, dieses deutliche Zeichen, das von hier ausgeht. Es verbindet uns mit all den vielen Zehntausenden, die vergangenes Wochenende bundesweit für Demokratie auf die Straße gegangen sind und das auch heute und morgen wieder tun.

Fast auf den Tag genau vor einem Jahr fand die vorletzte große Krozinger Kundgebung statt – auf dem Lammplatz. Viele, sehr viele hier und überall waren damals aufgeschreckt von dem Bericht des Recherchenetzwerks „Correctiv“ über jenes unsägliche Geheimgespräch in Potsdam. Wir erinnern uns: Vertreter der AfD und der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ hatten allen Ernstes über Pläne zur Vertreibung von Millionen(!) Menschen mit Migrationsgeschichte aus Deutschland beraten – und dabei keineswegs nur jene in Betracht gezogen, die sich illegal in unserem Land aufhalten oder straffällig geworden sind; und das ganze unter der verharmlosenden menschenverachtenden Überschrift „Remigration“.

Fast auf den Tag genau vor 7 Monaten fand die letzte große Krozinger Kundgebung statt – ebenfalls auf dem Lammplatz – in großer Sorge um den Ausgang der Europa- und Kommunalwahlen. Völlig zurecht, wie

sich zeigte ... Und die Sorge wurde in den darauffolgenden Wochen und Monaten leider größer und größer – erst recht nach den Landtagswahlen im vergangenen Herbst.

In Thüringen wurde die AfD mit 32,8 Prozent stärkste politische Kraft, in Sachsen mit 30,6 und in Brandenburg mit 29,2 Prozent jeweils zweitstärkste Kraft.

Und bundesweit ...?

Steht die sogenannte „Alternative für Deutschland“ in den jüngsten Umfragen mit 22 Prozent stabil auf Platz 2 der Wählergunst ... *Platz 2 !!!* Obwohl Vertreterinnen und Vertreter dieser Partei die Grundpfeiler der Demokratie und demokratische Institutionen permanent verächtlich machen; obwohl mehrere ihrer Landesverbände als gesichert rechtsextrem gelten müssen und die Bundespartei vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestuft ist ...

*Platz 2 in der Wählergunst!!!* Obwohl diese Partei Politiker wie Björn Höcke in ihren Reihen nicht nur duldet,

sondern geradezu feiert, die wegen Verbreitung verfassungsfeindlicher Parolen rechtskräftig verurteilt sind; obwohl sie die Leugnung des Klimawandels zum Programm erhebt; obwohl ihre Vorsitzende die Grenze des Sagbaren äußerst engagiert immer weiter verschiebt und jüngst auf dem Parteitag in Riesa wie selbstverständlich von „Remigration“ gesprochen hat: *Platz 2 in der Wählergunst!!!*

Ich versteh´ durchaus, dass das Sicherheitsempfinden stark gelitten hat nach den schrecklichen Anschlägen in Mannheim, Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg.

Ich versteh´, dass die Empörung groß ist dort, wo Behörden bei der zur Gefahrenabwehr dringend nötigen Zusammenarbeit versagt haben.

Ich versteh´ auch, dass Abstiegsängste existentiell werden können.

Ich versteh´, dass der nicht enden wollende Streit der Ampel-Koalitionäre, die Profilierungssucht, das gegenseitige Mißtrauen, die

Unfähigkeit zum Kompromiss – obwohl der doch zur DNA der Demokratie gehört, obwohl die Probleme doch weiß Gott groß genug sind –:

Ich versteh´, dass all das ganz sicher nicht gegen Politikverdrossenheit geholfen hat.

Aber was ich *gar* nicht versteh´ ist, dass viele Wähler\*innen, die gar nicht rechtsextrem oder antidemokratisch eingestellt sind, ihre Stimme der AfD schenken: dass viele meinen, so und nur so ihren Protest ausdrücken zu können – und all die antidemokratischen, populistischen, rechtsnationalen und gesellschaftsspaltenden Positionen billigend in Kauf nehmen.

Die andern gibt´s allerdings auch zunehmend: *die* Mitmenschen mit gefestigter rechtsextremer Gesinnung und Haltung ...

Machen wir uns nichts vor, liebe Freundinnen und Freunde der Demokratie: Der demokratische Rechtsstaat, der so lange so unerschütterlich schien, wird in diesen

Zeiten massiv herausgefordert, infrage gestellt, ja, angegriffen und erlebt europaweit womöglich seine schwerste Bewährungsprobe seit dem Ende des Faschismus vor 80 Jahren.

„Nie wieder ...!“ hieß es damals – Nie wieder ist – so sieht es leider aus – *Jetzt!*

Die größte Gefahr droht dabei von innen – von mehr als beunruhigenden Wahlergebnissen war schon die Rede.

Außerdem scheint momentan ein Tabubruch den nächsten zu provozieren ...

Ja, wo einem verurteilten Straftäter, Sexist und Lügner von der demokratischen Mehrheit eines der weltweit mächtigsten Staatsämter anvertraut wird – und er als eine der ersten Amtshandlungen denjenigen die Strafe erlässt, die wegen des Sturms auf das Capitol rechtskräftig verurteilt sind – da ist noch mehr, viel mehr möglich ...;

wo die FPÖ so stark aus den letzten Wahlen hervorging wie seit 1945 *keine* rechte Partei in Österreich und ihr

Vorsitzender Herbert Kickel wohl demnächst ins dortige Kanzleramt einziehen wird – da ist noch mehr, *viel* mehr denkbar ...;

wo Friedrich Merz wie vergangenen Mittwoch mit seinem Entschließungsantrag gegen illegale Migration und gestern mit dem „Zustrombegrenzungsgesetz“ die „Brandmauer“ einzureißen beginnt und die Stimmen der AfD gerne in Kauf genommen hat für eine Mehrheit – unter deren Jubel versteht sich – nachdem auch dieser Tabubruch nun geschafft ist, fürchte ich, werden sich in absehbarer Zeit wohl mehr, *viel* mehr Gemeinsamkeiten mit den Rechtspopulisten finden lassen; und das nennt man dann, was es ist – allen Beteuerungen des Gegenteils zum Trotz – „Zusammenarbeit“.

Das alles heißt – und da muss man wahrlich kein Profet sein: Die wirklich großen Zumutungen und Bewährungsproben für unser demokratisches Gemeinwesen stehen

uns erst noch bevor – man denke nur an die Bundestagswahlen in drei Wochen und ihre möglichen Folgen.

Nein, das wird ganz gewiss nicht die letzte Kundgebung dieser Art gewesen sein. Der Einsatz für Demokratie und Menschenrechte braucht jetzt Ausdauer und einen langen Atem.

Er braucht den lauten öffentlichen Protest gegen antidemokratische und gegen die Menschenwürde gerichtete Positionen.

Es braucht ihn auch deshalb, damit die Rechtspopulisten, die sich so gerne öffentlichkeitswirksam als Sprachrohr der Mehrheit gerieren, ganz deutlich hören und erleben, in wessen Namen sie *niemals* sprechen und handeln werden.

Daneben braucht's viel mehr und anderes.

Es braucht Zivilcourage und ein unüberhörbares vielstimmiges lautes „Nein!“ überall dort im Alltag, am Arbeitsplatz, in der Schule, auf der

Straße, im Zug, wo Menschen rassistisch, sexistisch oder antisemitisch herabgewüdt werden.

Es braucht in dieser zunehmend polarisierten Gesellschaft Besonnenheit und Anstand inmitten all des nötigen Streits und der unumgänglichen Auseinandersetzung um den richtigen Weg auch in der Migrationspolitik, aber ganz sicher nicht *noch* mehr Hass und Hetze.

Es braucht, wo der gesellschaftliche Konsens und ein gemeinsames Verständnis grundlegender Werte des Zusammenlebens deutlich infrage gestellt wird, Menschen, die sich von den Grundwerten partout *nicht* abbringen lassen – im Gegenteil –, die sie beharrlich leben, noch beharrlicher einfordern – weil's dafür nun mal keine „Alternative für Deutschland“ gibt. Werte wie Menschenwürde. Nächstenliebe. Zusammenhalt.

**„Menschenwürde. Nächstenliebe. Zu-**

**sammenhalt. Für alle mit Herz und Verstand.“** <sup>1</sup> So lautet deshalb der Dreiklang der Evangelischen und Katholischen Kirche in Deutschland in diesen unsicheren Zeiten.

Menschenwürde also:

GG Artikel 1 ... Jedem Mitmenschen kommt diese Würde zu. Ausnahmslos. Und deshalb darf niemand sie einem oder einer anderen absprechen, verdient jeder Mensch Respekt. Setzen wir uns dafür ein, dass der Wert der Menschenwürde alternativlos bleibt.

Und Nächstenliebe ...?

Folgt aus der unverlierbaren Würde und heißt annehmen, helfen, beistehen, unterstützen ohne Ansehen der Person. Erst recht in Not.

Auf einem der vielen Wahlplakate lese ich, unser Land solle eines werden, „auf das wir wieder stolz sein können“.

*Ich bin auf unser Land stolz, wenn der Grundgesetzartikel 16 a „Politisch Verfolgte genießen Asyl“ auch künftig unhinterfragt bleibt, denn auch *er* steht für eine bittere Lehre aus dem dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte; und stolz werde ich auf unser Land auch sein, wenn es möglichst großzügig bleibt bezüglich des subsidiären Schutzes. Denn Fluchtgründe gibt es leider sehr sehr viele. Und wenn ein Land große menschliche Not nicht verhindern so doch mindestens lindern kann, dann doch wohl ein wohlhabendes sowie unseres ...*

Und Zusammenhalt ...?

Der ist in größter Gefahr. Setzen wir uns also für Zusammenhalt ein, wo's und wie's nur geht – auch so, schlag' ich vor, dass wir den Focus ganz bewußt auf Geschichten von gelungener Integration von Menschen mit Fluchthintergrund legen und aufzeigen, wie sie unsere Gesellschaft vielfach bereichern.

---

<sup>1</sup> siehe u.a. [www.ekd.de](http://www.ekd.de)

Als da wär' der Taxifahrer aus Syrien, der Steuern zahlt wie jeder andere auch; die Metzgerei-Azubi aus Indien, die macht, worauf viele junge Leute hierzulande keine Lust mehr haben; die Ärztin aus Syrien an der Uniklinik, die den Betrieb am Laufen hält; als da wär' Ryyan Alshebl, vor zehn Jahren aus Syrien geflohen, heute Bürgermeister von Ostelheim ...

Zusammenhalt: Zwischen den demokratischen Parteien der Mitte – siehe gestern im Bundestag – ist er weiter weg denn je, so tief sind die Gräben – wo doch die Zusammenarbeit aller Demokrat\*innen erst recht nach der Bundestagswahl alternativlos sein wird ...

Bis vor kurzem noch wusste ich ganz genau, wie ich meinen Beitrag heute hier beschließen würde. Am Mittwoch – und gestern erst recht – kamen mir Zweifel.

Doch ich bleib` dabei, will mir die Hoffnung nicht nehmen lassen und schließe mit einer Sternstunde unserer

parlamentarischen Demokratie. Sie war drei Tage vor Heiligabend. Da wurde das Gesetzes zum Schutz des Bundesverfassungsgerichts eingebracht. 69 Abgeordnete – ja aus welcher Fraktion wohl ... – stimmten dagegen, 600 aber dafür – notwendig wär eine Zwei-Drittel-Mehrheit gewesen - mindestens 489.

Wenn *das* möglich war, dann ist es wieder möglich – und noch mehr, viel mehr ...!!!

Danke für die Aufmerksamkeit!